

Per Mail: [recht@babs.ch](mailto:recht@babs.ch)

Bern, 17. Oktober 2024

## **Vernehmlassung: Nationales mobiles Sicherheitskommunikationssystem (MSK)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die vorliegende Änderung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes sowie die Erstellung eines Verpflichtungskredites schaffen die Grundlagen für den Aufbau eines nationalen mobilen Sicherheitskommunikationssystems (MSK), welche das bestehende Sicherheitsfunksystem Polycom sukzessive ablösen soll. Das MSK soll die gesicherte Kommunikation sowie den Austausch grösserer Datenmengen zwischen Behörden, Einsatzkräften und Betreibenden kritischer Infrastrukturen in allen Lagen ermöglichen. Die anfallenden Gesamtkosten von 2,9 Milliarden Franken im Zeitraum 2026 - 2046 sollen zu 30% auf den Bund und zu 70% auf die Kantone verteilt werden. Dritte und das Fürstentum Lichtenstein steuern zudem 68 Millionen bei.

### **Mitte begrüsst Sicherheitszuwachs durch ausfallsichere Kommunikationsmittel**

Einleitend nimmt Die Mitte zustimmend zur Kenntnis, dass in der vorliegenden Gesetzesanpassung dem Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip hoher Stellenwert beigemessen wurde. So hatten die Kantone den Kostenschlüssel, 30% Bund und 70% Kantone, eingebracht und übernehmen im Einklang mit der verfassungsmässigen Zuständigkeitsordnung die Hauptverantwortung für das MSK. Da alle Landesteile vom MSK profitieren werden, begrüsst Die Mitte die Beteiligung des Bundes in einer steuernden und koordinierenden Rolle.

Insgesamt ist Die Mitte der Ansicht, dass die Bevölkerung durch den Aufbau des MSK von einem relevanten Sicherheitszuwachs profitieren wird. Die aktuell bestehende Verletzlichkeit im Falle von Cyberattacken oder Stromausfällen soll durch das MSK beseitigt werden. Diese Verbesserung der Ausfallsicherheit durch das MSK minimiert das Risiko eines Blindflugs der Sicherheitsorganisationen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Dritten in Notlagen. Aus Sicht der Mitte wäre es zudem von Vorteil, die Kompatibilität mit weltraumgestützten Kommunikationsmitteln von Beginn weg zu berücksichtigen, was die Wirksamkeit des Systems steigern und dessen technologische Nachhaltigkeit gewährleisten könnte.

Die Vorlage stellt zusammenfassend einen wichtigen Schritt zur Stärkung der nationalen Katastrophenvorsorge dar, den Die Mitte klar unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

### **Die Mitte**

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz